



# Nordwind

Mitgliederzeitschrift der SPD Hamburg-Nord • 15. Jg. • Dezember 2015 • Nr. 43



**Wir trauern um  
Helmut Schmidt**



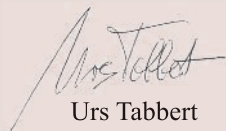
Liebe Genossinnen und Genossen,

ein politisch ereignisreiches Jahr 2015 geht zu Ende: Nach einem intensiven Bürgerschaftswahlkampf haben wir zwar nicht die absolute Mehrheit verteidigen können, aber dennoch einen starken Wählerauftrag erhalten, der es uns ermöglicht, zusammen mit unserem Koalitionspartner, den Grünen, die großen Herausforderungen, vor denen die Stadt – nicht nur in der Flüchtlingsfrage steht – entschlossen anzugehen. Dabei gibt es leider auch ab und zu Rückschläge, wie jüngst beim Olympiareferendum. Das ist zwar nicht nur aus SPD-Sicht - sehr bedauerlich und sicher muss man auch die Frage stellen, wieso in Hamburg noch kein Referendum, in dem ein Senatsvorhaben zur Abstimmung stand, erfolgreich gewesen ist, aber man muss natürlich auch bezogen auf diesen konkreten Fall fragen, warum es nicht gelungen ist, die Bevölkerung für dieses einmalige Event zu gewinnen.

Vor allem soll uns in diesem NORDWIND die Trauer um Helmut Schmidt und auch das Flüchtlingsthema beschäftigen. Darüber hinaus berichtet unser derzeit in Paris lebender Genosse Florian Staudt von der Situation in Frankreich nach den Anschlägen von Paris.

Erholende Feiertage und einen guten Rutsch wünscht

Euer



Urs Tabbert

## Nachruf

Versuch einer kurzen Zeitreise..3-5  
Der Mann, der einmal Kreisvorsitzender war .....6

## Flüchtlingspolitik

Flüchtlinge.....7  
Gesundheitliche Versorgung ..8  
Helfen – aber wie? .....9  
Integration .....10

## Bericht aus Frankreich

Zwischen Angst und  
Trotzhaltung .....11

## AsF

Die Hälfte des Himmels und  
mindestens 40% der Macht..12

## Kreispolitik

Aus Wissen Politik machen!..13  
Nach dem Olympia-Referendum..13

## Bürgerschafts- abgeordnete

.....14

Kreisvorstand .....15

Impressum/Nachruf ..16

## Leitlinien

Liebe Genossinnen und Genossen, am 10. November 2015 hat die SPD Hamburg-Nord ihr wohl bekanntestes Mitglied verloren. Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt war fast 70 Jahre Mitglied unseres Kreises und von 1956 bis 1964 für acht Jahre Kreisvorsitzender. Trotz seiner vielen Ämter und Aktivitäten überall auf der Welt war Helmut Schmidt seiner Herkunft aus Barmbek und seiner Heimat in Langenhorn sehr verbunden. Die große Zahl der Eintragungen im Kondolenzbuch im Rathaus zeigen, wie stark sich auch die Hamburgerinnen und Hamburger mit „ihrem Bundeskanzler“ identifizieren.

Helmut Schmidt stirbt zu einer Zeit, in der seine Themen der internationalen Politik uns sehr beschäftigen. Politische und religiöse Konflikte, militärische Gewalt und materielle Not zwingen Menschen aus vielen Ländern auf die Flucht. Die Flüchtlingsentwicklung ist eine Bewährungsprobe für Deutschland und Europa. Während die Staaten der Europäischen Union und die Bundesregierung in Berlin nach einer gemeinsamen Haltung suchen, organisieren die Länder und Kommunen bereits seit Monaten die Aufnahme von Hunderttausenden Flüchtlingen in ganz Deutschland.

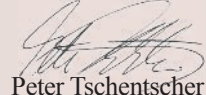
Wir haben die rechtliche, aber vor allem die politische und humanitäre Verpflichtung, Menschen aufzunehmen, die auf ihrer Flucht zu uns nach Hamburg



kommen. Der Senat und die Bezirke haben hierfür von Anfang an konsequent die erforderlichen Entscheidungen getroffen. Die Behörden und öffentlichen Unternehmen arbeiten jeden Tag mit vielen engagierten Beschäftigten an der Bewältigung der Aufgaben. Hinzu kommen die Ehrenamtlichen, viele Bürgerinnen und Bürger, die mit Spenden oder ihrer eigenen praktischen Arbeit helfen, dass die Stadt die große Zahl an Flüchtlingen gut aufnehmen kann. Trotz „PEGIDA“ und mancher Entgleisung der öffentlichen Diskussion ist dies ein ermutigendes Zeichen, dass wir die Bewährungsprobe bestehen können.

Viele Grüße

Euer Kreisvorsitzender



Peter Tschentscher

## Rechtsanwälte Marc Kaiser & Urs Tabbert

### Kompetenzen:

Allgemeines Zivilrecht	Gewerblicher Rechtsschutz
Arbeitsrecht	Verbraucherschutzrecht
Strafrecht	Hochschulrecht
Mietrecht	Prüfungsrecht
Internetrecht	Personalvertretungsrecht
	Scheidungen, Erb- und Verkehrsrecht

**Sprechzeiten: Montag–Freitag 10–18 Uhr**

**Möllner Landstraße 20 · 22111 Hamburg**

**Tel.: 0 40/736 798 11 · Fax: 0 40/736 798 12**

# Helmut Schmidt – Versuch einer kurzen Zeitreise

Mit Helmut Schmidt haben wir eine der letzten großen politischen Nachkriegspersönlichkeiten verloren.

Von Urs Tabbert

Es ist unmöglich, Helmut Schmidts Lebenswerk, zumal im Umfang eines NORDWIND-Artikels, angemessen zu würdigen. Daher beschränke mich auf den Versuch das, was ich – vor allem mit Blick auf unseren Kreis Hamburg-Nord – zu Helmut Schmidt in Erfahrung bringen konnte, zusammen zu führen.

Meine erste persönliche Erinnerung an Helmut Schmidt ist mit dem Bundestagswahlkampf 1980 verbunden. Damals war ich 8 Jahre alt, erinnere mich aber noch deutlich, dass mir Helmut Schmidt bereits als Drittklässler einiges mehr an Vertrauen einflößte als sein bayrischer Mitbewerber um das Kanzleramt.

Schon mehr politisch mitbekommen habe ich Anfang der 80er Jahre die Debatte über den Nato-Doppelbeschluss und das „konstruktive Misstrauensvotum“, das ich und jedenfalls die meisten Menschen in meinem Umfeld als wenig konstruktiv empfunden haben.

Da ich selbst erst seit Anfang der 2000er Jahre in Hamburg-Nord politisch aktiv geworden bin – gut 40 Jahre nach der Zeit des Kreisvorsitzenden Helmut Schmidt – muss ich mich auf Erinnerungen anderer stützen, um einen Eindruck vom Wirken Helmut Schmidts in seiner aktiven Zeit in Hamburg-Nord (s. dazu auch den Artikel von Henning Glinde-mann über den „Mann, der einmal Kreisvorsitzender war“) zu vermitteln.

## Helmut Schmidt und die SPD Hamburg-Nord: ein nicht immer einfaches Verhältnis

Mein Eindruck aus mehreren Gesprächen mit Altvorderen ist, dass es sich Helmut Schmidt und der Kreis Hamburg-Nord gegenseitig nicht immer leicht gemacht haben. Helmut Schmidt habe oft über die „ewigen Theoriedebatten der sogenannten Intellektuellen“ gewettert.

Den Ausstieg aus der Atomenergie und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer hat er noch in einem Gespräch mit Genossen im Jahr 2000 als „Schwachsinn“ bezeichnet. Aber Anteil am politischen Leben im Kreis hat er dann doch auf seine Art genommen.

Als im Jahr 2001 die Nr. 1 der Kreiszeitung NORDWIND erschien, war Helmut Schmidt der erste, der sich mit einem Leserbrief zu Wort meldete: „Mit Interesse habe ich das neue Informationsblatt des Kreises Nord gelesen – gewiss eine Initiative, die zur Hoffnung berechtigt.“ Knappe Worte, aber für den mit Lob sparsamen Helmut Schmidt beachtlich. Natürlich beschränkt er sich nicht darauf, sondern fährt fort: „Allerdings habe ich eine deutliche Kritik anzumelden, sie bezieht sich auf den Artikel ‚Demontage des Sozialstaats‘ ... all dies schießt in unanständiger polemischer Art über das Ziel hinaus.“ Dabei kritisiert er den Artikel nicht in seiner Zielrichtung, fordert aber Solidarität mit Regierung und Mandatsträgern ein.

Im Jahr 2011 gab es dann sogar ein Interview mit Helmut Schmidt im NORDWIND, in dem dieser allerdings mit SPD-Parteizeitungen im Allgemeinen und mit dem NORDWIND im Speziellen wenig gnädig umging.

„Das, was sie da rein geschrieben haben in ihre Mitteilungs-Blätter, das gilt auch heute noch: Engstirnig. Da gibt es ein Ding, das heißt „Nordwind“. Engstirnig, nur die eigene Meinung oder das, was sie für die sozialdemokratische Meinung halten. Keine Auseinandersetzung mit fremden Ideen, keine Auseinandersetzungen mit gegenteiligen Vorstellungen, mit begründeten gegenteiligen Vorstellungen.“

Tapfer haben wir dennoch am Konzept der Mitgliederzeitung festgehalten, und waren dabei gleichwohl – wie auch in dieser Ausgabe – bemüht, über den sozialdemokratischen Tellerrand zu schauen und sollten das auch weiter tun. Jede NORDWIND-Autorin und jeder

NORDWIND-Autor möge sich davon anregen lassen!

Unvergessen sind auch Helmut Schmidts spontane Besuche von Veranstaltungen, so z.B. im Distrikt Langenhorn-Nord bei der Urwahl eines Kanzlerkandidaten, bei einer Mitgliederversammlung des Kreises oder auch einer Wahlkampfveranstaltung im LaLi (Langenhorner Lichtspielhaus), um seine Unterstützung für Olaf Scholz zu zeigen.

Es ist viel gesagt und geschrieben worden über das Verhältnis von Willy Brandt, Herbert Wehner und Helmut Schmidt. Enge Freunde waren die drei vermutlich wirklich nicht, dennoch findet sich – dies haben Recherchen unserer Kreisgeschäftsführerin Kerstin Völsch ergeben – in unseren Rechenschaftsberichten auch ein Passus, in dem Helmut Schmidt über „Unseren Kanzlerkandidaten“ (1961) ganz solidarisch schreibt: „Wir müssen jetzt endlich einen Mann an die Spitze unseres Staates stellen, dem es ernst damit ist, unser Volk mit sich selbst auszusöhnen. Willy Brandt hat bewiesen, dass er die Fähigkeit hat, in schweren Zeiten alle politisch Denkenden zu vereinigen ... Solch einen Mann braucht die Bundesrepublik heute, denn das Notwendige muss endlich getan werden.“

## Bilanz als Kreisvorsitzender der SPD Hamburg-Nord

Spannend liest sich in diesem Zusammenhang ein Zitat aus dem Rechenschaftsbericht des Kreisvorstands Hamburg-Nord der Jahre 1962-64 – dort schreibt Helmut Schmidt:

„Nach über zehn Jahren Mitarbeit im Kreisvorstand, davon acht Jahre als Vorsitzender, darf ich am Schlusse ein persönliches Wort einfügen. In keinem der politischen Gremien der Partei habe ich so viel Befriedigung gefunden wie in dem gemeinsamen Leistungswillen des Kreises Hamburg-Nord. Dieser Kreis hat von Anbeginn seines Bestehens vielerlei



*Hans Saalfeld mit Helmut Schmidt am 13.09.1974*

neue Probleme initiativ und beispielgebend für andere angepackt. Das wird gewiss auch so bleiben ... Unabhängig von den jeweiligen Vorsitzenden war der Kreis Nord immer von politischem Leben erfüllt: hier wurde stets debattiert und auch gestritten, von hier aus haben viele Hamburger Sozialdemokraten ihren erfolgreichen Weg in die Kommunalpolitik, die Landes- und die Bundespolitik angetreten; zugleich aber haben sie hier im Kreis Nord stets ihre Basis finden und behalten können, die in der vertrauensvollen Solidarität und der Treue von Mitgliedern und Funktionären besteht. Diesen Mitgliedern und Funktionären dankbar zu bleiben, das ist eine selbstverständliche Pflicht aller Mandatsträger, die ich bei meinem Ausscheiden stellvertretend für alle anderen Mandatsträger ausdrücklich anerkennen darf und muß. Denn ohne diese treue und zuverlässige Arbeit der Funktionäre geht es nun einmal nicht. ... Hamburg muss für die Bundesrepublik ein ausstrahlendes Zen-

trum der Demokratie bleiben, ein Zentrum freiheitlicher Staatspraxis, ein Zentrum des fairen sozialen Ausgleichs und des sozialen Fortschritts. Die Hamburger Sozialdemokratie muss deshalb auch in Zukunft vorangehen, und der Kreis Hamburg-Nord wird dazu wie bisher seinen maßgebenden Anteil beizutragen haben.“

Eigentlich wäre das bereits ein schönes Schlusswort, aber wir wollen es nicht bei diesem Zitat aus den frühen sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts bewenden lassen, sondern unsere Zeitreise noch etwas fortsetzen.

### **Aller Anfang ist schwer**

Auf der Suche nach den wenigen verbliebenen politischen Zeitgenossen von Helmut Schmidt führte mich die Spur nach Langenhorn, und zwar zu Hans Saalfeld, dem langjährigen Hamburger DGB-Vorsitzenden und Vizepräsidenten der Hamburgischen Bürgerschaft. Hans' erste Erinnerung reicht zurück in die 50er

Jahre zum Bundestagswahlkampf 1953 auf dem Dulsberg, wo der damals noch recht unbekannt Helmut Schmidt eine Kundgebung mit dem SPD-Urgestein Carlo Schmid durchführte. Hans erinnert sich daran, dass Carlo Schmid Helmut Schmidt bei dieser Gelegenheit noch eine große politische Karriere prophezeite.

Den Annalen ist allerdings auch zu entnehmen, dass der damals erst 34-jährige Diplom-Volkswirt und Leiter des Amtes für Verkehr in der Wirtschaftsbehörde, Helmut Schmidt, den „Wahlkreis 18“ im Bezirk Hamburg-Nord (auch Wahlkreis Hamburg IV genannt) nicht gewonnen hat, sondern mit 54,9 % der FDP-Mann Dr. Hermann Schäfer – allerdings mit Unterstützung durch die CDU. Schmidt zog dennoch in den 2. Deutschen Bundestag ein über den Landeslistenplatz 6 der SPD. Später sollte Helmut Schmidt – mit weitaus besseren Erfolgen – in Hamburg-Bergedorf für den Bundestag kandidieren, und er erhielt dort immer Ergebnisse über 50%, 1972 sogar 64 %. Festzuhalten bleibt jedenfalls: Hamburg-Nord war schon in den 50er-Jahren für die SPD kein unproblematisches Pflaster!

### **Helmut Schmidt als Krisenmanager und Kümmerer**

Hans Saalfelds Erinnerungen an die frühen Jahre des politischen Wirkens von Helmut Schmidt umfassen einen gemeinsamen Betriebsbesuch bei Reemtsma während Schmidts erster Legislaturperiode im deutschen Bundestag, wobei er sich großer Beliebtheit bei der Belegschaft, insbesondere deren weiblichem Anteil, erfreute.

Als Schmidt dann in den frühen sechziger Jahren als Innensenator erfolgreich die Flutkatastrophe managte, hat er die Unterstützung durch die von den Gewerkschaften organisierten Deichschutztruppen sehr willkommen geheißen, erinnert sich der Gewerkschafter Hans Saalfeld.

Im Übrigen denkt Hans noch immer gern an Helmut Schmidts oft spontanes Klavierspiel bei diversen Geburtstagen, einschließlich von Hans eigenem 50., zurück. Dies alles blieb auch so während



Die SPD Hamburg-Nord trauert um

Bundeskanzler a. D.

# Helmut Schmidt

\* 23. Dezember 1918

† 10. November 2015

Er war für uns nicht nur ein großer Politiker und Staatsmann.

Wir werden unserem langjährigen Mitglied und früheren Kreisvorsitzenden  
immer ein ehrendes Andenken bewahren.

SPD Hamburg-Nord

Peter Tschentscher  
Kreisvorsitzender

SPD Langenhorn-Nord

Gabriele Greguhn  
Distriktvorsitzende

seiner Zeit als Bundeskanzler. So tauchte er zu Zeiten des Terrors der RAF, als er durch seine klare Haltung und seine Entscheidungen den Ruf eines Krisenmanagers festigte, teils ohne Personenschutz bei privaten Treffen mit Freunden wie Peter Schulz auf - mit der lakonischen Bemerkung „Ich habe meine Bewacher abgehängt, die kennen doch Langenhorn nicht.“

Schließlich hat Hans Saalfeld noch einen denkwürdigen Landesparteitag aus dem Jahr 1986 im Gewerkschaftshaus in bleibender Erinnerung, auf dem Helmut Schmidt eine Rede hielt, deren mit dem Titel „Mein Wunsch an die Partei“ überschriebenes Manuskript mir Hans zur Lektüre überließ.

## „Mein Wunsch an die Partei“

Darin zieht Helmut Schmidt zum Ende seiner Zeit als Berufspolitiker eine Bilanz seines politischen Lebens, angefangen bei seinem Bedürfnis nach politi-

scher Orientierung nach Kriegsende, ausgerichtet an Personen wie Herbert Wehner, Max Brauer und Paul Nevermann.

Er zitiert Max Weber und mahnt die notwendige Distanz sich selbst gegenüber in der Politik an, die stets durch die Todfeindin der sachlichen Hingabe, die Eitelkeit, bedroht sei. Zu den drei von Weber hervorgehobenen Qualitäten eines Politikers, Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß fügt er Einfühlungsvermögen, Beredsamkeit und – als wichtigste – Zivilcourage hinzu. Er prangert politischen Opportunismus und „Fraktionismus“ an und hält ein Plädoyer für Durchschaubarkeit und Transparenz. Interessanterweise plädiert er gut 20 Jahre vor „Mehr Demokratie“ für die Einführung von Bürgerschaftswahlkreisen und war damit seiner Zeit voraus. Gleichzeitig erweist er sich aber auch als ein glühender Verfechter von guter politischer Repräsentation.

Zum Abschluss seiner Rede beschwört er den Geist der Sozialdemokra-

tie. Jeder der etwa bei Kandidatenaufstellungen neu hinzutritt, müsse wissen, auf welchen Schultern er steht, wissen, wessen Arbeit er fortzusetzen hat. Wichtig sei dabei der Geist, die Kraft und der Willen der praktischen und durchaus auch kompromissbereiten Vernunft, der befähigt, „das Ganze über den Teil zu stellen, das Ganze unserer Partei über den persönlichen partiellen Geltungsanspruch, das Ganze unserer Gesellschaft über partikuläre Gruppeninteressen und das Ganze der Demokratie in unserer Nation und das Ganze der Demokratie in Europa über unsere eigene, schmerzhaft geliebte sozialdemokratische Partei.“

Mit diesem - ja fast „visionären“ - Satz eines großen Staatsmannes soll unsere kleine Zeitreise ausklingen, zumal dieser Satz weitaus mehr war als „eine pampige Antwort auf eine dusselige Frage.“

# Helmut Schmidt – der Mann, der einmal Kreisvorsitzender war

Der auszugsweise Nachdruck des folgenden Artikels stammt aus der Jubiläumsschrift anlässlich „50 Jahre Hamburg-Nord“ im Jahr 2000. Die Genossen Henning Glindemann und Holger Martens hatten sich in den Neuberger Weg aufgemacht, um Helmut Schmidt nach seiner Zeit als Kreisvorsitzender zu befragen. Zu vielen Fragen kam es nicht – der Bundeskanzler a.D. hatte viel zu viel zu erzählen. Den vollständigen Artikel kann man über das Kreisbüro erhalten.

*Von Henning Glindemann*

Die meisten von uns haben Helmut Schmidt zunächst als den politischen Macher aus Bonn kennengelernt, aus dem Fernsehen, als er mit den Mächtigen dieser Welt agierte, als er seinen politischen Gegnern und dem Publikum Lektionen erteilte über die ökonomischen Zusammenhänge in dieser Welt und über die fragile Sicherheitsarchitektur in den Zeiten des Kalten Krieges.

(...)

Schmidt weiß heute nicht mehr genau, wer ihn dazu bewegt hat, für den Kreisvorsitz des SPD-Kreises Nord zu kandidieren. Irgend jemand aus der Partei, vermutlich Willi Schade oder Willi Berkhan, muß es wohl gewesen sein.

Uns interessiert, wie er den Kreis damals, zwischen 1956 und 1964 geführt hat. War es im Prinzip wie heutzutage: Viel kommunalpolitisches Klein-klein, diese ewigen Sitzungen des Geschäftsführenden Kreisvorstandes (GKV) und des Großen Kreisvorstandes, die Kreisdelegiertenversammlungen (KDV) und Wahlkämpfe aller Art, die die Kraft eines Kreisvorsitzenden binden? Offenbar war es damals nicht viel anders als heute. Schmidt hat sämtliche Protokolle der Kreisgremien aufbewahrt, einschließlich seiner persönlichen Notizen und Redeentwürfe. Die KDV's wurden hauptsächlich im „Winterhuder Fährhaus“ abgehalten, aber auch bei Tomfort in Langenhorn oder in der Kantine des Ortsamts Fuhlsbüttel. Der Kreisvorstand tagte entweder im Kreisbüro oder im Haus der Gartenfreunde in Ohlsdorf, der GKV manchmal auch bei Schmidts im Neubergerweg.

Mag sein, daß Schmidts Erfolge als Kreisvorsitzender außer mit dem Ge-

wicht seiner Autorität und seiner unbestrittenen Kraft zur Analyse auch mit seiner Fähigkeit zu delegieren zusammenhängen. Jedenfalls notierte er minutiös, wer für welchen Teil welcher Veranstaltung die Verantwortung trägt. Für Wahlkampfaktivitäten, die offenbar ähnlich wie heute geplant wurden, wurden Teams auf Kreisebene gebildet, die sich zuständig zu fühlen hatten und in denen Abgeordnete, Kandidaten, Vorstandsmitglieder und Funktionäre aus allen Distrikten zusammenarbeiteten. Auch die Personalplanungen für die Bürgerschaft, für die Bezirksversammlung und für die Ortsausschüsse wurden präzise vorbereitet und in den Vorstandsgremien diskutiert, kurz, auch um diese scheinbar marginalen Fragen hat sich der Kreisvorsitzende Schmidt bis ins Detail gekümmert. Er kann sich heutzutage, wenn man ihm eine Funktionärsliste aus jenen Tagen präsentiert, an jede einzelne Mitstreiterin und jeden einzelnen Mitstreiter erinnern und kann zu jedem von ihnen etwas Kennzeichnendes sagen.

War das damals anders als heute?

Der Kreisvorstand traf sich mindestens einmal im Jahr zu einem Wochenende außerhalb Hamburgs, z.B. in Berlin, Brüssel, Kiel oder Lüneburg. Es wurden gemeinsam zu bearbeitende Themen vorbereitet, z.B. „Hamburg und der Ostseeraum“ mit Referaten von Apel, Schmidt, dem Kieler Bürgermeister und anderen. Aber auch gemeinsame Theaterbesuche wurden unternommen, was die Schlagkraft und die Gruppendynamik eines solchen Gremiums sicherlich verbessern konnte.

Außerdem lud Schmidt zu Kreisveranstaltungen mit bundespolitischer Prominenz ein: Politiker aus der sogenannten ersten Garnitur wie Willy Brandt, Carlo Schmid, Fritz Erler, Richard Lö-

wenthal oder auch ausländische Sozialdemokraten waren Gastredner im Winterhuder Fährhaus, das bei solchen Gelegenheiten aus allen Nähten platze. Es müssen doch auch andere Randbedingungen gewesen sein, wenn man sich in Erinnerung ruft, dass im Wahlkampf 1998 der Bremer Senatspräsident Scherff bei einer Veranstaltung in Eppendorf gerade 7 (in Worten: sieben) Zuhörer anzog.

Auch Vertreter der Kirchen, Bischöfe zumal, und anderer Parteien (CDU, FDP) wurden in den Kreisvorstand eingeladen.

Helmut Schmidt: „Nicht nur ständig im eigenen Saft kochen!“

(...)

Ungeduld und Leidenschaftlichkeit treiben ihn bis heute um, und statt über den Kreisvorsitz vor vielen Jahren will er lieber über das reden, was heute die öffentliche Diskussion beherrscht. Auch das nimmt einen für ihn ein, einen großen Mann, der ein wenig grantelnd zwar, aber hellwach die Zeitläufe begleitet und kommentiert: in Langenhorn, im Kreis Nord, in Hamburg und hauptsächlich darüber hinaus.

(aus: Zwischen Tradition und Moderne – 50 Jahre Kreis Hamburg-Nord. Streiflichter aus der Kreisgeschichte – es wurde die im Artikel seinerzeit verwendete Rechtschreibung beibehalten) ●

# Flüchtlinge

Die meisten Hamburgerinnen und Hamburger beschäftigen zurzeit vor allem zwei Themen: Die schrecklichen Terroranschläge in Paris und die Situation der Flüchtlinge in Hamburg.

Von Ksenija Bekeris

Und im Grunde hängen beide Themen eng miteinander zusammen – denn nicht zuletzt sind viele der zu uns kommenden Menschen vor genau den Terroristen geflohen, die in Syrien nach Schätzungen von Beobachtern bereits für eine Viertelmillion Toter verantwortlich sind und jetzt auch blutige Gewalt nach Frankreich gebracht haben.

Bei dem einen drücken wir unsere Anteilnahme aus und sind gleichzeitig wachsam – ohne in Panik zu verfallen, damit weder eine mögliche Gefahr übersehen wird, noch die Terroristen ihr Ziel erreichen, unsere liberale Lebensweise einzuschränken.

Aber für die geflüchteten Menschen in unserer Stadt haben viele Hamburgerinnen und Hamburger von Beginn an mit angepackt. Das freiwillige Engagement war und ist unglaublich. Es ersetzt natürlich nicht die Verantwortung des Staates, die Geflüchteten unterzubringen und denen, die bei uns bleiben, eine Perspektive zur Integration zu bieten. Aber die Freiwilligen machen vieles leichter.

## Forum Flüchtlingshilfe als Integrationsmotor

Damit es ihnen noch besser gelingen kann, haben wir das „Forum Flüchtlingshilfe“ ins Leben gerufen. Es ist eine Plattform für alle, die geflüchteten Menschen in Hamburg eine Perspektive geben. Es verbindet Politik, Bezirke, Initiativen, Einrichtungen, Organisationen und freiwillig Engagierte. Dabei soll das Forum Erfahrungsaustausch, Informationen, Ansprechpersonen, Impulse und Fortbildung bieten. Die Auftaktveranstaltung findet am 18. Dezember statt. Das Programm sowie die Möglichkeit zur Anmeldung findet sich in Kürze auf <http://www.hamburg.de/fluechtlinge>.

Die Situation rund um die Unterbringung von Flüchtlingen bleibt aber auch mit dem großen Engagement sehr dynamisch. Manchmal wirkt es in den Medienberichten fast, als würden ständig grundlegende Neuerungen vorgenommen. Tatsächlich sind sie aber nur eine konsequente Fortsetzung des längst begonnenen Aufbaus leistungsfähiger Verwaltungsstrukturen, die den wachsenden Herausforderungen gerecht werden müssen.

So arbeiten beispielsweise schon seit langem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Innenbehörde (BIS) – die für den Ausbau und die Betreuung der Zentralen Erstaufnahme (ZEA) und der Erstaufnahmen (EA) zuständig sind – und die der Sozialbehörde (BASFI) – die für die sogenannte Folgeunterbringung sorgen – eng zusammen.

## Kurze Entscheidungswege

Teilweise sind die Abteilungen sogar in ein gemeinsam genutztes Gebäude umgezogen, um die Wege zwischen den Entscheidungsträgern wortwörtlich kurz zu halten. Nun ist

seit Oktober Anselm Sprandel, der bisherige Leiter des Amtes „Zentrale Dienste“ der BASFI, zum Leiter des „Koordinierungsstabs Flüchtlinge“ ernannt worden und damit auch formal eine behördenübergreifende Abteilung mit einem erfahrenen, durchsetzungsstarken Leiter entstanden, der nicht nur ein guter Kenner der Behördenab-

läufe ist, sondern auch den sozialen Aspekten von Flüchtlingsunterbringung bereits vorher nahestand.



Ksenija Bekeris

## Systematische Anpassungen an neue Herausforderungen

Es müssen aber nicht nur neue Instrumente entwickelt werden, um Hilfe und Unterbringung zu organisieren. Auch beim Bauen der benötigten Unterkünfte passt sich die Stadt den Erfordernissen mit System an. Schon von Beginn der steigenden Flüchtlingszahlen an wurden die Plätze der öffentlichen Unterbringung aufgestockt. Zuerst wurden schnell realisierbare Plätze geschaffen, um Obdachlosigkeit zu verhindern. Zeitgleich wurde auch nach Möglichkeiten gesucht, dauerhafte Lösungen zu finden. Hallen und Zelte waren immer nur als vorübergehende Notlösungen gedacht.

Seit November bietet nun eine Änderung im Baurecht die Möglichkeiten zum schnellen Bau von Unterkünften für Flüchtlinge. Auf dieser Grundlage werden bis Ende 2016 in jedem Hamburger Bezirk 800 neue Wohnungen gebaut, die zwar im baulichen Standard von Sozialwohnungen errichtet werden, aber zunächst als Flüchtlingsunterbringung genutzt werden. Weil dann mehr Personen pro Wohnung einziehen werden, können so über das Stadtgebiet verteilt über 20.000 neue Plätze für Flüchtlinge entstehen, die bereits Ende 2016 zur Verfügung stehen sollen.

Die Bezirke, die die jeweiligen Flächen benannt haben, werden dann so schnell wie möglich nachträglich dafür sorgen, dass die neuen Wohnungen in Sozialwohnungen umgewandelt werden können, die von allen Berechtigten genutzt werden können. So gehen wir zwei der großen Aufgaben der Stadt – Flüchtlinge und Wohnungsbau – zeitgleich an. Und der Bund beteiligt sich dabei an den Kosten.

Eine der größten aktuellen Aufgaben im Zusammenhang

mit Flüchtlingen ist die Registrierung. Dabei geht es um mehr als Formalitäten. Ohne verlässliche Zahlen kann beispielsweise nicht vernünftig geplant werden, wie viele Menschen tatsächlich unsere Unterstützung benötigen, weil ein großer Teil der in Hamburg ankommenden Menschen nach dem Königsteiner Schlüssel in andere Bundesländer „umverteilt“ werden. Zunächst wurde versucht, den größeren Aufwand mit mehr Personal in den Erstaufnahmen zu bewältigen.

Doch es zeigte sich, dass vor allem die Räumlichkeiten an den verschiedenen Unterkünften dafür zu klein und nicht geeignet waren, je mehr Menschen ankamen.

## Ankunftszentrum soll Erstaufnahme verbessern

Um jetzt für Entlastung zu sorgen, kommt mit dem geplanten „Ankunftszentrum“ in Rahlstedt ein neuer „Baustein“ hinzu. Hier werden alle Maßnahmen rund um die Erstaufnahme an einem Ort zentral gebündelt. So soll die Erstaufnahme nicht zuletzt im Sinne der Flüchtlinge schneller und effizienter als bislang organisiert werden.

So kann sich eines ins andere fügen – freiwilliges Engagement, Bau von Unterkünften und funktionierende Verwaltungsarbeit – und nur so schaffen wir es, den Weg für eine gelungene Integration zu ebnet.

# Gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen bleibt eine Herausforderung

Von Sylvia Wowretzko

Hamburg hat bereits im März 2012, mit der Einführung der Versicherungskarte der AOK-Bremen/Bremerhaven für Flüchtlinge früh neue Standards gesetzt. Das medizinische Hilfesystem wird erfolgreich neu organisiert. Mit zusätzlichen Angeboten wird die medizinische Versorgung auch einen wertvollen Beitrag zur Integration leisten.

Die medizinische Versorgung von Flüchtlingen beginnt bei Ankunft in der zentralen Erstaufnahme mit der im Asylverfahrensgesetz unter § 62 vorgeschriebenen Erstuntersuchung, in der es insbesondere um das Erkennen bzw. Behandeln von Infektionskrankheiten wie z.B. Tuberkulose geht. Gleichzeitig wird hier der Impfstatus erfragt und ggf. ergänzt. In Hamburg gehören auch Gripeschutzimpfungen zum Angebot. Da die Umverteilung in andere Bundesländer aktuell verzögert stattfindet, werden alle in Hamburg ankommenden asylsuchenden Flüchtlinge in der zentralen Erstaufnahmeeinrichtung untersucht.

## Allgemeinmedizinische Sprechstunden und Gesundheitskarte

Die gestiegene Zahl von Flüchtlingen stellt unsere medizinischen Einrichtungen vor eine große Herausforderung. Um die Krankenhäuser, wie auch niedergelassene Ärztinnen und Ärzte zu entlasten, wird inzwischen in allen Erstaufnahmeeinrichtungen eine allgemeinmedizinische Basisversorgung angeboten. Diese wird in Abstimmung mit der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) durch das Gesundheitsamt Altona koordiniert.

Unter Leitung der BGV wurden in einer behördenübergreifenden Koordinierungsgruppe einheitliche fachliche Standards für die Sprechstunden erarbeitet, die sowohl für den Umfang der Versorgung, wie auch für die Ausstattung mit Medikamenten, Hilfsmitteln und Räumlichkeiten gelten.

Diese allgemeinmedizinischen Sprechstunden sollen die medizinische Versorgung der Flüchtlinge bis zu ihrer Erfassung und Anmeldung bei der AOK Bremen/Bremerhaven verbessern und sind eine erste und direkte Anlaufstelle bei ge-

sundheitlichen Problemen.

Bereits seit März 2012 hat Hamburg als eines von zwei Bundesländern die elektronische Gesundheitskarte für Flüchtlinge eingeführt. Hierüber bekamen Flüchtlinge einen diskriminierungsfreien Zugang zu niedergelassenen Ärzten, Therapeuten und Krankenhäusern und die Leistungs-



Sylvia Wowretzko

erbringer im Gesundheitswesen können auf die bewährten Abrechnungsverfahren der Krankenkassen zurückgreifen. Das erleichtert das Verfahren für alle Beteiligten und führt zudem zu relevanten Einsparungen bei den Verwaltungskosten. Flüchtlinge können mit der Karte alle Leistungen erhalten, die auch ein gesetzlich Versicherter erhält. Ausgenommen sind Leistungen, die auch ein gesetzlich Versicherter nur auf Antrag erhält. Hierzu gehören bspw. Zahnersatz oder längerfristige psychotherapeutische Behandlungen. Diese müssen von der Sozialbehörde genehmigt werden.

## Psychologische und psychotherapeutische Betreuung – Traumabehandlung

Derzeit etabliert sich die Zusammenarbeit zwischen Krankenhäusern mit Fachabteilungen für Psychiatrie und Psychotherapie und Erstaufnahmeeinrichtungen. So bieten einzelne Krankenhäuser vor Ort in Erstaufnahmeeinrichtungen regelmäßig psychiatrische Sprechstunden ihrer Institutsambulanzen (PIA) an, weitere Angebote sind im Aufbau.

In Hamburg ist darüber hinaus ein wertvolles Netzwerk



sehr engagierter und erfolgreich in diesem Bereich tätiger Träger und Initiativen - wie Haveno, Traumaambulanz UKE, Flüchtlingszentrum, MediBüro und Clearingstelle - entstanden.

Um Zugänge zu erleichtern und eine schnelle Beratungs- und Behandlungsmöglichkeit zu gewährleisten, wollen wir in Hamburg ein koordinierendes Zentrum aufbauen, das diese Initiativen bündelt und stärkt, so haben wir es mit unserem Koalitionspartner vereinbart.

Leider ist festzuhalten, dass Flüchtlinge vielfach bedrohlichen und traumatisierenden Situationen ausgesetzt waren sowohl in Ihren Heimatländern, aber auch durch die Umstände ihrer oft monatelangen Flucht.

Die Chronifizierung nicht behandelter posttraumatische Belastungsstörungen verstetigt nicht nur weiteres - unnötiges - Leid der Betroffenen. Untätigkeit birgt auch hier die Gefahr hoher Folgekosten für die Gesellschaft, vor allem durch langfristige Arbeitsunfähigkeit und delinquentes Verhalten.

Spracherwerb und Ausbildung, sind nur bei ausreichender (psychischer) Gesundheit möglich. Damit leistet die medizinische Versorgung von Flüchtlingen immer auch einen wichtigen Beitrag für eine erfolgreiche Integration.

**Besondere Schutzorte**

Wir alle wissen, dass das Tempo in dem Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden mussten und müssen, immer auch zu Bedingungen führen kann, die nicht mit unseren eigenen Ansprüchen vereinbar sind.

Vor diesem Hintergrund kommt besonderen Schutzorten für allein reisende Frauen, Schwangere und Mütter eine besondere Rolle zu.

Das Asklepios Klinikum Harburg hat als erstes Krankenhaus in Hamburg, einen leer stehenden Bettentrakt für die

Erstunterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung gestellt. Das Angebot richtet sich vornehmlich an jene, die medizinisch versorgt werden müssen: an Schwangere, die hier mit ihren Familien unterkommen können, an chronisch Kranke und Behinderte. Insgesamt finden 90 Menschen auf den beiden übereinander liegenden Stationen Platz. Die Bewohnerinnen und Bewohner profitieren vor allem von der Lage ihrer Unterkunft – in unmittelbarer Nachbarschaft zu Gynäkologie und Medizinischer Klinik.

Das Albertinen-Diakoniewerk wird ab Mitte Januar 2016 vorübergehend ein Gebäude auf dem Gesundheitscampus Volksdorf an der Farmsener Landstraße für die Versorgung von Flüchtlingen zur Verfügung stellen. Rund 65 Plätze für die Versorgung von allein reisenden Frauen, Schwangeren und Müttern mit kleinen Kindern werden hier entstehen. Aufgrund des besonderen Schutzbedürfnisses, auch aufgrund der oftmals belastenden Erfahrungen durch die Flucht, ist geplant, in dem Gebäude ausschließlich diese Personengruppe unterzubringen. Durch die räumliche Nähe zum Ev. Amalie Sieveking-Krankenhaus mit seiner Geburtshilfe schafft perfekte Rahmenbedingungen für die Versorgung von Frauen vor- und nach der Entbindung.

Es ist gut und wichtig, dass sich derzeit alle Beteiligten um weitere Standorte bemühen!

Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass die gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen in Hamburg vergleichsweise gut aufgestellt ist und die wesentlichen Herausforderungen systematisch angegangen werden. Und schließlich: Auch für diesen Bereich gilt, dass wir auf Unterstützung durch Ehrenamtliche angewiesen sind und weiter für das gesellschaftliche Engagement werben müssen. ●

## Helfen – aber wie?

Von Kerstin Völsch, Kreisgeschäftsführerin

**F**ast täglich bekommen wir Anfragen dazu wie Flüchtlingen am besten geholfen werden kann. Viele wollen vor Ort helfen, viele etwas spenden. Manchmal ist das gar nicht so einfach – die Mitarbeitenden in den Unterkünften sind mit der Arbeit vor Ort mehr als ausgelastet und können sich oft nicht noch zusätzlich um die Annahme von Spenden und deren Weitergabe oder um den Einsatz von ehrenamtlichen Helfern kümmern. Deshalb geben wir gern ein Hinweisse darauf, wohin man sich wenden kann!

Unter [www.zusammenschmeissen.de](http://www.zusammenschmeissen.de) findet man umfangreiche Hinweisse zu Sachspenden – die Seite wird laufend aktualisiert und sagt nicht nur wohin mit den Spenden, sondern auch, was benötigt wird und sinnvoll ist.

Wer ehrenamtlich helfen möchte, wendet sich möglichst direkt an die Initiativen und Freundeskreise, die sich für die jeweiligen Flüchtlingsunterkünfte gegründet haben. Diese sind über das Internet oder auch Facebook-Gruppen gut zu finden – z.B. unter diesem Link <http://www.hamburg.de/fluechtlinge/nofl/4384088/hamburg-hilft/>

Die Liste der Unterkünfte (auch Geplanter) in Hamburg-Nord, findet Ihr unter <http://www.hamburg.de/fluechtlinge-unterbringung/nofl/4373126/unterbringung-nord/>.

Wenn jemand keinen Zugang zum Internet hat, können wir ggf. Hinweisse geben.

Und eine Bitte an Euch: Wir hätten gern eine etwas genauere Übersicht darüber, wer von Euch bereits in der Flüchtlingshilfe engagiert ist, damit wir bei Bedarf auf Eure Informationen dazu zurückgreifen oder Kontakte herstellen können! Also lasst

uns ggf. wissen, wenn Ihr irgendwo mitmacht! Eine kurze Mail an [hh-nord@spd.de](mailto:hh-nord@spd.de) oder ein Anruf unter 4 60 30 42 genügen! ●



**Kerstin Völsch**

# Integration braucht gute Nachbarschaft

Eine Geschichte aus Fuhlsbüttel

Von Indira Chuda

Die Wohnunterkunft Eschenweg wurde im März 2015 eröffnet. Sie befindet sich in einem Wohngebiet in Fuhlsbüttel. In der Unterkunft leben asylsuchende Familien sowie alleinstehende Asylbewerber vorwiegend aus Syrien, Afghanistan und Eritrea. Es gibt dort Platz für bis zu 300 Menschen. Sie sind in Wohncontainern in möblierten Doppelzimmern untergebracht. Einige der Container sind durch Zwischentüren verbunden, um eine Familienunterbringung zu ermöglichen. Die Unterkunft besteht aus sechs doppelstöckigen Wohncontainerblöcken. Jeder dieser Wohnblöcke verfügt über eigene Gemeinschaftsküchen und Sanitärräume. In zwei weiteren, eingeschossigen Blöcken befinden sich die Räume der Verwaltung sowie Räume für Gemeinschaftsaktivitäten.“

Soweit die behördliche Beschreibung, wie sie auf der Homepage von fördern & wohnen zu finden ist.

Was dort nicht zu finden ist, ist die Geschichte einer Nachbarschaft, die sich durch die 300 neuen Mitbewohner (100 von ihnen sind Kinder!) verändert hat.

Am Anfang war die Skepsis groß. Von ehrlicher Besorgnis (Wie sollen die Menschen vernünftig versorgt werden?), über eher unnötige Bedenken (Wir haben jetzt schon zu wenige Parkplätze...) bis hin zu menschenverachtenden Kommentaren (Einfach die Container zumachen und dann ab auf hohe See...) habe ich wirklich alles gehört.

Aber schon nach den ersten Treffen des Runden Tisches zeigte sich, dass der größte Teil der Fuhlsbüttler helfen wollte. Die Nachbarschaft lernte sich neu kennen. Menschen, die jahrelang nicht mehr als ein „Moin“ miteinander gewechselt hatten, überlegten jetzt gemeinsam, wie sie sich einbringen könnten.

Die Hetzer vom rechten Rand verschwanden nach und nach wieder an ihre Stammtische, und ein Teil der Unentschlossenen gesellte sich nach einigen Gesprächen zu den Helfern.

Mittlerweile gibt es 10 Arbeitsgemeinschaften die sich mit der Organisation von Deutschkursen, Ausflügen, Hausaufgabenhilfe, Fahrradwerkstatt u.v.m. beschäftigen.

Auch die ansässigen Sportvereine sind dabei. Kurzum:

Während die Parteien in Berlin sich über Transitzone und Abschiebungen streiten,

arbeiten die Menschen hier daran, die neuen Nachbarn ins Viertel zu integrieren. Natürlich gab und gibt es Konflikte. Hauptsächlich wegen des Lärms, den 100 Kinder halt so machen...

Willy Brandt hat mal gesagt:

„Es ist wichtiger, etwas im kleinen zu tun, als im großen darüber zu reden.“

Er hat Recht.



Indira Chuda

## Zwischen Angst und Trotzhaltung - Frankreich nach den Terroranschlägen

Paris befindet sich im Schockzustand - und mit ihr die ganze Welt.

Von Florian Staudt

Die jüngsten Anschläge Mitte November haben nicht nur Frankreich im Herzen seiner gesellschaftlichen Grundwerte der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit getroffen, sondern sie erschüttern ebenfalls das westliche Gesellschaftsbild in ihren Grundfesten der individuellen Freiheit, der Toleranz und der Menschenwürde. Bereits seit den Anschlä-

gen auf die Redaktion der Satirezeitung Charlie Hebdo Anfang Januar steht die öffentliche Sicherheit wieder ganz oben auf der politischen Tagesordnung. Die schrecklichen Ereignisse werden dabei (wie so oft) zum Anlass genommen, um sie entweder mit der Migrationsproblematik und der Forderung nach schärferen Grenzkontrollen, mit einer Verstärkung der Überwachungsdienste oder sogar mit einem militärischen Eingreifen in den syrischen Bürgerkrieg in Verbindung zu bringen.



Staatspräsident François Hollande selbst spricht unmittelbar nach den Attentaten in seiner Rede vor den zwei Parlamentskammern davon, dass sich Frankreich im Krieg gegen den islamistischen Terrorismus befinde und dementsprechend sicherheitspolitische Maßnahmen zu ergreifen habe. So ließ er mit der Zustimmung des französischen Parlaments den Notstand bis Februar nächsten Jahres verlängern, der damit nicht nur weiterhin Hausarreste und Hausdurchsuchungen ohne richterliche Kontrolle ermöglicht (seit dem Attentat wurden innerhalb von zwei Wochen mehr als 1000 Hausdurchsuchungen durchgeführt), sondern auch (in der Theorie) zu Ausgangssperren, Einschränkungen der Reise- und Versammlungsfreiheit und Kontrolle von Presse und Rundfunk führen kann. Kein Wunder also, dass die Nerven bei der französischen Bevölkerung zurzeit blank liegen. Es kommt dadurch vermehrt zu Denunzierungen unschuldiger Personen (meist wegen körperlicher Merkmale), die zwangsweise dazu führen, dass Personen willkürlich ohne nähere Indizien festgenommen und Stunden später von der Polizei wieder freigelassen werden.

### „Sicherheitspakt“ soll Staatsmacht stärken

Der französische Staatschef möchte über die Verlängerung des Notstandes hinaus durch eine Verfassungsänderung einen sogenannten Sicherheitspakt einführen, der dem französischen



Staat mehr Handlungsspielraum in „Krisensituationen“ und beim Kampf gegen den Terrorismus ermöglicht. Dabei sollen im Besonderen die Artikel 16 und 36 der französischen Verfassung reformiert werden, die die Bedingungen für die „außerordentlichen Vollmachten“ des Präsidenten in Notstandssituationen und für den „Belagerungszustand“ näher bestimmen (jener ermöglicht im Falle eines Krieges oder eines bewaffneten Angriffes oder Aufstandes u.a. den Transfer der Polizeigewalt an die Armee und eine militärisch kontrollierte Gerichtsbarkeit). Die beiden Artikel müssten laut französischen Staatspräsidenten der derzeitigen Situation, in der sich Frankreich befinde, angepasst werden. Er erwähnt dabei einen Bericht eines Verfassungskomitees unter dem ehemaligen Premierminister Edouard Balladur aus dem Jahr 2007, der damals bereits selbige Überlegungen angestellt hatte. Die vorgeschlagenen Reformen hätten eine Ausweitung der Staatsgewalt mit einem frei agierenden Staatspräsi-

denten und möglicherweise eine Schwächung parlamentarischer Kontrollmechanismen zur Folge. Nichtsdestotrotz sollen diese verfassungsrechtlichen Veränderungen im Einklang mit der Ausübung öffentlicher Freiheiten stehen, versicherte François Hollande, der schon bald konkrete Vorschläge dem Parlament liefern möchte.

### Der Sicherheitsapparat wird ausgebaut

Neben dem zusätzlichen Versprechen, die Verteidigungstreitkräfte bis 2019 nicht zu abzubauen, wolle er ebenfalls eine Nationalgarde aus 59.000 Reservisten und rund 8.500 neue Posten in der Justiz und im Sicherheitsbereich schaffen. Außerdem sollen Französisinnen und Franzosen, die eine doppelte Staatsbürgerschaft besitzen und eine Bedrohung der öffentlichen Ordnung und nationalen Sicherheit darstellen, schneller ausgebürgert und des Landes verwiesen, bzw. an der Wiedereinreise gehindert werden.

All die genannten Vorschläge sind Maßnahmen, die trotz ihrer verfassungsrechtlichen Tragweite und ihres deutlich rechten Tonfalls von einer parteiübergreifenden Mehrheit getragen wird. Die „neue“ Härte des Sozialisten und die Rolle des Krisenmanagers kommen dabei auch gut bei der Mehrheit der Franzosen an, die die verschärften Regeln befürworten. Die Popularitätswerte des französischen Staatspräsidenten stiegen bereits nach den Anschlägen im Januar. Jüngsten Umfragen zufolge liegt er nun bei 33% - ein Plus von rund 20 Prozentpunkten im Vergleich zum letzten Jahr. Die Zustimmung der Bevölkerung mag aber nicht weiter verwunderlich erscheinen in einem Land, in dem der rechtsextreme Front National zur stärksten politischen Partei aufgestiegen ist und wo man befürchtet, dass die Partei von Marine Le Pen aus dem ersten Wahlgang der anstehenden Präsidentschaftswahlen im Jahr 2017 als klarer Sieger hervorgehen könnte. Die französischen Sozialisten und Republikaner haben Schwierigkeiten, dem Front National Paroli zu bieten: Les Républicains mit Nicolas Sarkozy als Parteichef driftet in ihren Diskursen und Positionen immer weiter nach rechts während die Parti Socialiste versucht sich mit Manuel Valls als Premierminister und Emmanuel Macron als Wirtschaftsminister immer mehr dem wirtschaftsliberalen Sektor zu öffnen.

### Fraglicher Nutzen der Freiheitseinschränkungen

Angesichts der derzeitigen Entwicklungen kann man sich fragen, inwiefern die Einschränkung der Bürgerrechte (und damit der Errungenschaften der französischen Revolution) wirklich zu mehr Sicherheit beitragen kann. Freiheit und Sicherheit lassen sich zwar nicht aufwiegen, da sie sich gegenseitig bedingen. Dennoch ist anzuzweifeln, dass die Freiheitsbeschränkungen weder zukünftige Terroranschläge verhindern, noch deren Ursachen lösen werden. Im Gegenteil. Wenn eine Regierung die bürgerlichen Freiheiten einschränkt, würde das nicht bedeuten, dass die Terroristen damit erreicht hätten, was sie wollten? Das denken sich vielleicht auch die Pariserinnen und Pariser in diesen Tagen, die versuchen weiterhin –mit Sicherheit ein Stück weit aus Trotz – kulturell das Leben in all ihren Facetten zu genießen. Ein wenig Angst bleibt dennoch. Und das wird noch eine Weile so bleiben – wohlmöglich sogar über das Ende des Notstands in Frankreich hinaus. ●

# Die Hälfte des Himmels und mindestens 40% der Macht

Schon 1988 hat die SPD eine Geschlechterquote beschlossen und damit gesellschaftspolitische Weichen gestellt!

Von Petra Ackmann (AsF-Landesvorsitzende)

Die Maßnahme war in der Partei umstritten – es musste harte Überzeugungsarbeit geleistet werden. Doch der Beschluss kam und die SPD war damit die erste große Organisation überhaupt, die sich verpflichtet hatte, Frauen einen angemessenen Anteil an Funktionen und Mandaten einzuräumen. Seitdem gab es einen großen Fortschritt an weiblicher Beteiligung in der Partei, in anderen Parteien und Verbänden sowie in der Gesellschaft insgesamt.

Und so soll es bleiben: Also Augen auf, wenn es um die Quote geht!

In den nächsten Wochen und Monaten werden in unseren Distrikten, Arbeitsgemeinschaften und Kreisen neue Vorstände und eine Vielzahl von Kreis- und Landesdelegierten gewählt! Das ist die Gelegenheit für Frauen sich dort zu engagieren und die weibliche Sicht der Dinge in die politische Arbeit einzubringen. Traut Euch in den Gremien mitzumischen! Erkundigt Euch, was wann genau gewählt wird und welche Aufgaben/Funktionen zu vergeben sind; erklärt Eure Bereitschaft und Euren Wunsch mitzumachen und zu kandidieren!



Petra Ackmann

In jedem Parteigremium und bei den Delegiertenwahlen gilt der § 11 (2) der Parteisatzung:

„§ 11, 2: In den Funktionen und Mandaten der Partei müssen nach Maßgabe dieses Statuts und der Wahlordnung Frauen und Männer mindestens zu je 40 % vertreten sein.“

Die Pflicht richtet sich an das wählende oder entsendende Gremium. Die Quotierung bezieht sich insbesondere auf Mehrperso-

nengremien wie Vorstände, geschäftsführende Vorstände, von Vorständen eingesetzte Gremien und Delegationen.

Und noch ein paar Hinweise:

In der Satzung heißt es „mindestens“, das bedeutet zum Beispiel bei 11 Delegierten müssen mindestens 5 Frauen gewählt werden, denn es wird aufgerundet. Natürlich dürfen es auch 6 Frauen und 5 Männer sein ...

In der Geschäftsordnung der Hamburger SPD gibt es die Regelung (§4), dass Menschen, die sich in Parteiämter wählen lassen, schon mindestens ein Jahr lang Mitglied der SPD sein müssen. Davon gibt es Ausnahmen, denen aber die nächsthöhere Gliederung zustimmen muss.

Sicher bleiben noch Fragen, manchmal stellen sie sich sogar am Abend der Wahlen oder zu anderen ungewöhnlichen Zeiten – kein Problem, dafür gibt es unsere ASF-Quoten-Hotline! Wählt die Nummer unserer Quoten-Hotline: 0171-94 23 205 und lasst uns wissen, wie wir helfen können!

Wir freuen uns auf viele neue weibliche Gesichter in Ämtern und Funktionen!



Arbeitsgemeinschaft  
Sozialdemokratischer  
Frauen – LV Hamburg



# Aus Wissen Politik machen!

Ein Angebot der SPD Landesorganisation Hamburg zum Lernen und Netzwerken

*Von Kerstin Völsch als Beauftragter für Politische Bildung in der SPD Hamburg*

**D**ie SPD ist eine Mitgliederpartei – unsere Mitglieder erfüllen die Partei mit Leben. Wir wollen sie stärken und haben dafür ein Angebot entwickelt, das helfen soll sich zurechtzufinden, sich regelmäßig mit anderen auszutauschen und Neues zu lernen, es soll Unterstützung geben und ... natürlich Spaß machen! Jeder wird etwas In-

teressantes finden können – besonders im Blick haben wir unsere „Neuen“, unsere Funktionär\_innen und die Förderung von Frauen.

Ende Oktober haben wir mit einem ersten Workshop zum Thema „Konfliktlösung“ mit Daniela Jänicke als Traineein begonnen und konnten uns über viel positives Feedback freuen. Ein Workshop im November mit Tina Winter für „Neue“ zur „SPD-Kultur“ war ebenfalls schnell ausgebucht und hat den Teilneh-

menden viele Fragen zu ihrem zukünftigen Engagement beantworten können.

Auf einer Homepage <https://www.spd-hamburg.de/organisationen/politische-bildung/> sind weitere Termine mit Workshops und Infos zu unserem Team zu finden. Ein Flyer wurden ebenfalls erstellt – er informiert über das Angebot. Wer keinen Internetzugang hat, kann den Flyer gern unter der Rufnummer 28 08 48 74 anfordern.

## Nach dem Olympia-Referendum – positive Ansätze weiterentwickeln

Eine knappe Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hat sich beim Referendum gegen die Ausrichtung von Olympischen und Paralympischen Spielen ausgesprochen.

*Von Urs Tabbert*

**D**ieses Votum ist für die vielen Menschen, die sich in den letzten Monaten für die Ausrichtung von Olympischen und Paralympischen Spiele eingesetzt haben, eine herbe Enttäuschung und eine vertane Chance für Hamburg, sich der Welt als weltoffene und sympathische „Second City“ zu präsentieren. Bedauerlich ist es nicht nur in sportlicher Hinsicht, sondern auch was die mit einer Olympiaausrichtung verbundenen Chancen für eine nachhaltige und inklusive Stadtentwicklung anbelangt.

Das betrifft vor allem den Kleinen Grasbrook mit geplanten 8.000 Wohneinheiten.

Aber alles Lamentieren hilft leider nichts: Der Hamburger Souverän hat – wenn auch knapp – entschieden und dieses Votum ist bindend und somit ist auch klar, dass die unmittelbar mit der Bewerbung verknüpften Infrastrukturprojekte nicht realisiert werden können.

Gleichwohl haben viele Konzept-

ideen, die in den vergangenen Monaten erarbeitet und in der Stadt breit diskutiert worden sind, ihre grundsätzliche Bedeutung durch das Votum nicht verloren. Diese positiven Ansätze der Bewerbung für die Stadt und den Sport gilt es nun weiterzuentwickeln.

Dies haben die Fraktionen von SPD und Grünen mit einem Antrag in der Bürgerschaft (Drs. 21/2383) nach dem gescheiterten Referendum zum Ausdruck gebracht:

Dies betrifft vor allem die Weiterentwicklung einer zunehmend inklusiven und barrierefreien Stadt, und die Fortführung der richtigen und wichtigen Dekadenstrategie für den Sport.

Klar ist aber auch: das IOC wird sich weiter reformieren müssen, damit sich Olympia überhaupt jemals wieder einem Bürgervotum in einer kritischen Bürgergesellschaft stellen kann.



*Urs Tabbert*

# Kontakt Daten der Büros der Bürgerschaftsabgeordneten

Ksenija Bekeris  
Pestalozzistraße 21 A  
22305 Hamburg  
Tel: 51906908  
Fax: 51906910  
Mail: [info@ksenija-bekeris.de](mailto:info@ksenija-bekeris.de)  
[www.ksenija-bekeris.de](http://www.ksenija-bekeris.de)  
Mitarbeiter: Alexander Kleinow, Sören Tomasek  
Bürozeiten: Mo 9.00 – 13.00, Di und Fr 9.30 – 13.00,  
Do 13.30 -19.00  
(barrierefrei erreichbar)

Annegret Kerp-Esche  
bis 31.12.2015: Hegestraße 40  
20251 Hamburg  
Mail: [annegret.kerp-esche@spd-fraktion-hamburg.de](mailto:annegret.kerp-esche@spd-fraktion-hamburg.de)  
<http://kerp-esche.spd-hamburg.de>  
Mitarbeiterin: Jutta Bruhn

Gulfam Malik  
Tangstedter Landstraße 33  
22415 Hamburg  
Tel: 040-730 55 300  
Fax: 040-730 55 299  
Mail: [info@gulfamalik.de](mailto:info@gulfamalik.de)  
[www.gulfamalik.de](http://www.gulfamalik.de)  
Mitarbeiter: Peter Bröcker, Dennis Geisweller  
Bürozeiten: Di bis Do 10.30 - 17.30  
Fr 10.30 bis 13.00  
Sa nach Vereinbarung

Dorothee Martin  
Am Hasenberge 44  
22337 Hamburg  
Tel: 32843427  
Fax: 32843429  
Mail: [info@dorotheemartin.de](mailto:info@dorotheemartin.de)  
[www.dorotheemartin.de](http://www.dorotheemartin.de)  
Mitarbeiter: Nicholas Gildemeister,  
Morlin Schmerfeldt, Gabi Greguhn  
Bürozeiten: Mo 11.00 – 14.00, Di 15.00 – 18.00, Do  
11.00 – 14.00  
Sa nach Vereinbarung

Jan Quast  
Kurt-Schumacher-Allee 10  
20097 Hamburg  
Tel: 31810318  
Fax: 31810345  
Mail: [abgeordnetenbuero@janquast.de](mailto:abgeordnetenbuero@janquast.de)  
[www.janquast.de](http://www.janquast.de)  
Mitarbeiter: Nina Behlert, Markus Hahn  
(barrierefrei erreichbar)

Wolfgang Rose und  
Isabella Vértes-Schütter  
Ifflandstraße 85  
22087 Hamburg  
Tel: 61 19 83 12

Fax: 61 19 83 13  
Mail: [post@wolfgang-rose.info](mailto:post@wolfgang-rose.info)  
[www.wolfgang-rose.info](http://www.wolfgang-rose.info)  
Mitarbeiter: Sönke Klages  
Mail: [mail@vertes-schuetter.de](mailto:mail@vertes-schuetter.de)  
[www.vertes-schuetter.de](http://www.vertes-schuetter.de)  
Mitarbeiter: Jan Greve  
Bürozeiten: Täglich geöffnet  
(barrierefrei erreichbar)

Jenspeter Rosenfeldt  
Bussestraße 29  
22299 Hamburg  
Tel.: 59352393  
Fax: 59352395  
Mail: [info@jenspeter-rosenfeldt.de](mailto:info@jenspeter-rosenfeldt.de)  
Mitarbeiter: Cornelius Seyfarth

Urs Tabbert  
Bussestraße 29  
22299 Hamburg  
Tel: 59352393  
Fax: 59352395  
Mail: [mail@urstabbert.de](mailto:mail@urstabbert.de)  
[www.urstabbert.de](http://www.urstabbert.de)  
Mitarbeiter: Tina Winter, Carsten Gerloff, Sebastian  
Mietzner, Benjamin Nielsen, Nils Peters  
Bürozeiten: Mo bis Fr 9.00 – 12.00  
Di und Do 18.00 – 20.00

Sven Tode  
Fuhlsbüttler Straße 458  
22309 Hamburg  
Tel.: 3987 6622  
Fax: 3987 6624  
Mail: [kontakt@sven-tode.de](mailto:kontakt@sven-tode.de)  
[www.sven-tode.de](http://www.sven-tode.de)  
Mitarbeiter: Dr. Carsten Maßmann.  
(barrierefrei erreichbar)

Sylvia Wowretzko  
Dithmarscher Straße 32  
22049 Hamburg  
Tel: 18063241  
Mail: [kontakt@wowretzko.de](mailto:kontakt@wowretzko.de)  
[www.wowretzko.de](http://www.wowretzko.de)  
Mitarbeiter: Jan Greve, Alexander Kleinow, Sebastian  
Gerdes  
Bürozeiten:  
Do 9.00 – 13.00  
Fr 9.00 – 14.00  
(barrierefrei erreichbar)

SPD-Bürgerschaftsfraktion  
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg  
Telefon: 428 31 1325  
Telefax: 428 31 2435  
Mail: [info@spd-fraktion.hamburg.de](mailto:info@spd-fraktion.hamburg.de)



# Kreisvorstand der SPD Hamburg-Nord

## **Geschäftsführender Kreisvorstand**

### **Vorsitzender**

Tschentscher Peter 4 60 30 42 p.tschentscher@hamburg.de

### **stellv. Vorsitzende**

Tabbert Urs 01 79/5 05 91 56 ra.tabbert@rechtfair.com

Wowretzko Sylvia 2 27 67 02 wowretzko@gmx.de

### **Schatzmeister**

Bornhöft Ralph 4 28 39-48 20 ralph.bornhoeft@gmx.eu

### **BeisitzerInnen im GKV**

Klages Sönke 01 57/71 33 03 90 soenke.klages@yahoo.de

Ros Karin 01 76/49 77 11 62 ros.karin@alice-dsl.de

Rugbarth Andrea 01 74/9 16 32 52 andrea.rugbarth@gmx.de

## **Weitere BeisitzerInnen im Kreisvorstand**

Bekeris Ksenija 01 63/2 69 20 20 ksenijabekeris@yahoo.de

Buter Maria 2 27 88 06 maria.buter@web.de

Näther Jürgen 27 29 72 juergen.naether@gmx.de

## **Distriktvorsitzende**

### **Langenhorn-Nord**

Greguhn Gabriele 01 73/2 97 13 11 gabi.greguhn@gmx.de

### **Langenhorn-Süd**

Malik Gulfam 01 79/3 90 74 49 tmgulfam\_malik@hotmail.com

### **Fuhlsbüttel (komm.)**

Meß Christine 01 51/53 64 41 08 chmess@aol.com

### **Groß Borstel**

Nitruch Barbara 52 87 87 92 barbara.nitruch@t-online.de

### **Eppendorf**

Freitag Jan 88 88 87 77 Freitag@Kanzlei-Michaelis.de

### **Winterhude-Nord**

Seyfarth Cornelius 01 76/20 22 90 05 Montefeltro@gmx.net

### **Jarrestadt**

Hahn Markus 01 63/9 83 13 30 info@hahn-markus.de

### **Mühlenkamp**

Mellies Dirk 01 60/96 25 47 51 dirkmellies@googlemail.com

### **Barmbek-Nord/Dulsberg**

Wendt Rüdiger 01 70/8 57 52 02 wendtib@gmx.de

### **Barmbek-Mitte**

Kleinow Alexander 01 51/40 52 13 87 alex@kleinow.org

### **Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde**

Tode Sven 25 49 73 73 spd-buh@sven-tode.de

## **Weitere Mitglieder im Kreisvorstand**

### **ASF**

Faltynek Christine 01 76/57 14 42 70 faltynek@gmx.de

### **6oplus**

Winkel Helgard 01 71/7 88 38 09 huschke@wtnet.de

### **Bezirksfraktion**

Bester Angelika 01 72/4 53 99 66 angelika.bester@t-online.de

### **Jusos**

Heßelbarth Martin 01 73/1 76 71 92 mail@martin-hesselbarth.de

## **Mitglieder im Landesvorstand aus Hamburg-Nord**

Damerau Inka 64 20 25 32 inka.damerau@t-online.de

Peter Tschentscher, Sönke Klages und Sylvia Wowretzko: Kontakt siehe oben!

Absender:  
SPD-Kreis Nord  
Am Hasenberge 44  
22337 Hamburg



Schon etwas zum Schmökern  
für's Frühstück geholt?

**Grafik-Design:**  
Zeitschriften, Zeitungen,  
Bücher, Broschüren, Magazine,  
Kataloge, Geschäftsberichte

Kreativ-Schmiede  
Thomas Biedermann

www.kreativ-  
schmie.de

## Hans-Robert Niemann ist gestorben

Von Renate Herzog

**H**ans-Robert Niemann, einer der engagiertesten und profiliertesten Kommunalpolitiker unseres Kreises der 70-er und 80-er Jahre, ist am 9. September diesen Jahres im Alter von 87 Jahren gestorben. Hans-Robert war von 1966 bis 1986 Abgeordneter der Bezirksversammlung Hamburg-Nord, von 1970 bis 1976 Vorsitzender der SPD-Bezirksfraktion und bis zu seinem Ausscheiden aus der Bezirksversammlung Vorsitzender des Ausschusses für Umweltschutz, Grünanlagen und Sport.

Bis heute sind die Spuren seiner kommunalpolitischen Tätigkeit erhalten und unübersehbar.

Mit dem Fahrrad oder zu Fuß entdeckte der begeisterte Natur- und Wanderfreund die Schönheit unseres Bezirkes, die zu seiner Zeit noch weitgehend unerschlossen und der breiten Öffentlichkeit nicht zugänglich war. Ihm verdanken wir die Öffnung und Herstellung der Wasserschauwege an Tarpenbek, Bombach und Osterbek sowie den Ausbau des Alsterwanderweges zwischen Ohlsdorfer Schleuse und Alsterquelle. Durch den großzügigen Einsatz von bezirklichen Sondermitteln entstand durch seine Initiative ein zusammenhängendes Netz von Rad- und Wanderwegen, das die SPD-Fraktion mit einer „Radwanderkarte für den Bezirk Hamburg-Nord“ erfolgreich „vermarkten“ konnte. Es ist heute kaum noch vorstellbar, dass der Ohlsdorfer



Friedhof einst für den Fahrradverkehr gesperrt war. Dass es Hans-Robert gelang, diese grüne Oase für Radfahrer zu öffnen, hat ihn viel Zeit und Überzeugungskraft gekostet.

Für ihn bestand die Attraktivität und Anziehungskraft einer Stadt und ihrer Stadtteile nicht nur in der Ansiedlung neuer und schicker Shoppingmeilen und der Verlegung der Radwege auf die Straße, sondern auch in der Erschließung und Bewahrung der natürlichen Ressourcen. So verwundert es auch nicht, dass er zu den leidenschaftlichen Gegnern der sogenannten Osttangenten gehörte, in deren Folge unsere Stadtteile mit Tunneln, Hochbrücken und vierspurigen Zubringerstraßen ihr Gesicht und ihre Wohnqualität verloren hätten. Hans-Robert Niemanns grüne Umweltpolitik wirkte weit über den Bezirk hinaus, lange bevor es die „Grünen“ gab. ●

Der aktuelle Veranstaltungskalender der SPD Hamburg-Nord kann im Internet eingesehen werden – hier finden sich auch Veranstaltungen der Distrikte: [www.spd-hamburg.de/Nord](http://www.spd-hamburg.de/Nord)

Wir sprechen mit Ihnen und  
helfen, wo wir können

**SPD**

**Zentrales Bürgerbüro**

Di., Mi., Do. 14–16 Uhr · Tel. 28 08 48-32/-0  
Kurt-Schumacher-Allee 10 · 20097 Hamburg

### Impressum

Der Bezug der Mitgliederzeitung ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Redaktionsschluss (Nordwind Nr. 44):**

01.03.2016. Bitte die Beiträge nicht zu lang werden lassen, da wir ansonsten gezwungen sind, sie redaktionell zu kürzen. Ein Anschlagmuster für den Artikel mit Vorgaben zu Spaltenbreite, Anschläge usw. ist bei der Redaktion erhältlich. Bilder: S/W-, Farbfotos, Zeichnungen oder digital als TIF-, JPG- oder EPS-Format, Auflösung mind. 300 dpi (**keine Internet-Bilder!**).

✉ **Post:** Beiträge und Fotos per Brief oder digitale Daten auf CD an die Redaktion: Urs Tabbert, Möllner Landstr. 20, 22111 Hamburg

✉ **E-Mail:**  
[ra.tabbert@rechtfair.com](mailto:ra.tabbert@rechtfair.com)

☎ **Telefon:**  
Urs Tabbert, 01 79/5 05 91 56

**Herausgeber:**

SPD Hamburg-Nord · Am Hasenberge 44 · 22337 Hamburg · Tel.: 4 60 30 42  
Fax: 46 23 68 · E-Mail: [hh-nord@spd.de](mailto:hh-nord@spd.de)  
[www.spd-hamburg-nord.de](http://www.spd-hamburg-nord.de)

**V.i.S.d.P.:** Peter Tschtsentscher

**Redaktion:** Urs Tabbert

Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**Gestaltung:** Kreativ-Schmiede, Hamburg, [www.kreativ-schmie.de](http://www.kreativ-schmie.de)

**Bilder:** Titelfoto © SPD Kreis Hamburg-Nord, S. 2 © Peter Tschtsentscher, S. 3 © Hans Saalfeld, S. 7 © Ksenija Bekeris, S. 8 © Sylvia Wowretzko, S. 9 © Kerstin Bake-Völsch, S. 10 © Indira Chuda, S. 11 © tokamuwi/pixelio.de, S. 12 Petra Ackmann, AsF, S. 13 © Urs Tabbert, S. 16 © SPD Kreis Hamburg-Nord

**Druck:** Flyeralarm, [flyeralarm.de](http://flyeralarm.de)